

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Soziales und Senioren	05.09.2019

Berichterstattung über die Ergebnisse der mit wohnungslosen Menschen geführten Interviews durch die Streetworker/Innen des Benedikt Labre e.V. und der Diakonie Michaelshoven e.V.

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 06.12.2018 wurde über die Arbeit und die Ergebnisse von Streetwork bei volljährigen Wohnungslosen über den Zeitraum Juli 2017 bis Januar 2018 berichtet (Vorlage 3889/2018).

Die Datenerhebung wurde nach der ersten Berichterstattung stärker auf die Bedarfe der Einzelfälle ausgerichtet. Insbesondere sollten die Ursachen und Beweggründe der Betroffenen für einen Verbleib auf der Straße oder der Nichtannahme der Hilfeangebote näher betrachtet werden. Hierzu wurden im Zeitraum Juni 2018 – Mai 2019 insgesamt 54 Einzelinterviews auf der Straße mit den Wohnungslosen durchgeführt.

Die Erkenntnisse aus diesen Einzelinterviews sollen bei der Weiterentwicklung des Hilfesystems berücksichtigt werden.

Bei den Interviews wurden die wohnungslosen Menschen gefragt,

- wie bzw. wo sie gerne leben möchten,
- wer oder was sie daran hindert, so zu leben,
- wer oder was Ihnen helfen würde, so zu leben, wie sie wollen.

Die wesentlichsten Ergebnisse der Interviews möchte die Verwaltung dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis geben.

Als Fazit der Interviews kann festgehalten werden:

- Von den 54 befragten Wohnungslosen wünschen sich 28 Personen eigenen Wohnraum. 13 Personen wünschen sich entsprechend ihrer sehr individuellen Lebensvorstellungen alternative Wohnmöglichkeiten; 8 haben keine eindeutige Präferenz und 3 Personen möchten weiterhin auf der Straße leben (2 der befragten Personen verfügten über Wohnraum). Der Wunsch nach einer adäquaten Unterbringung ist verbunden mit der Möglichkeit eines Rückzugsortes, einer Privatsphäre oder des Schutzes und der Sicherheit.

Gründe für die bestehende Wohnungslosigkeit sehen die Befragten in ihren persönlichen Schwierigkeiten und Problemlagen (z.B. Suchtmittelabusus, psychische Erkrankungen, Überschuldung, JVA-Aufenthalte), in der bestehenden Wohnungsnot im Bereich des bezahlbaren Wohnraumes sowie in der Verantwortung von Dritten (Staat und Behörden).

- Der überwiegende Teil der Befragten (44 Personen) ist über bestehende Hilfen gut informiert und an das Hilfesystem angebunden.
- Veränderungswünsche an das bestehende Unterbringungssystem (ordnungsbehördlich oder bei Trägern der Wohnungslosenhilfe) betreffen überwiegend die Belegungsdichte (Wunsch nach

mehr Einzelzimmern), die gemeinsame Unterbringung von Familien und Partner/innen und die Unterbringung mit Haustieren. Die Absenkung von Hausregeln, die Einräumung von Besuchsrechten und die Dauerzuweisung einer Unterbringung entsprechen dem Wunsch, selbständig, eigenverantwortlich und ohne Fremdbestimmung sein „Wohnen“ gestalten zu können.

Die Ergebnisse der Interviews wird die Verwaltung aufgreifen, um mit den betroffenen Dienststellen und Gremien (Beirat und Stadtarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe) Bedarfsanpassungen zu prüfen.

Die wesentlichen Ergebnisse im Detail:

Einleitend ist festzuhalten, dass nicht alle Interviewten zum Zeitpunkt der Befragung physisch und / oder psychisch in der Lage waren, die Fragen dezidiert und nachvollziehbar zu beantworten. Insoweit liegen nicht zu allen Fragen 54 Antworten vor. Insgesamt wurden 54 Interviews geführt.

- Davon waren 47 Männer und 7 Frauen.
- Der größte Anteil der Befragten (48 Personen) ist in der Altersgruppe zwischen 30 bis 65 Jahren. Der Anteil der älteren Wohnungslosen (50 bis 65 Jahre) liegt bei 23 Personen.
- Die Dauer der Wohnungslosigkeit liegt zwischen 2 Monaten und 33 Jahren; 26 Personen leben bereits seit mehr als 5 Jahren auf der Straße.
- 40 Personen sind alleinstehend, 9 Personen leben in einer Partnerschaft ohne Kinder, 5 Personen haben einen oder mehrere Hunde.
- 44 Personen sind ohne Wohnung und leben auf der Straße, 2 Personen halten sich bei wechselnden Bekannten auf, 2 nutzen OBG Unterkünfte, 1 Person nutzt eine Notschlafstelle, 2 verfügen über eine eigene Wohnung und 3 Personen wohnen in alternativen Unterbringungen (Bauwagen, Camping).
- 44 Personen sind insgesamt an das Hilfesystem angebunden. 10 Personen lehnen Hilfe und Anbindung ab.
- 39 Personen verfügen über Einkommen (Soziale Leistungen, Rente). 14 Personen haben kein Einkommen, 1 Person machte hierzu keine Angaben.

Lebensvorstellungen der Interviewten (wie bzw. wo möchten Sie gerne leben)

Für 51 Personen ist die Versorgung mit einer adäquaten Wohn-/Unterbringungsmöglichkeit von zentraler Bedeutung. Lediglich 3 Personen geben an, auf der Straße bleiben zu wollen.

Der überwiegende Anteil der Befragten (28 Personen) äußert den Wunsch nach einer eigenen Wohnung im klassischen Sinne. Hierbei sind die Ansprüche an die Größe und Ausstattung der Wohnung in aller Regel sehr gering. 13 Personen wünschen sich entsprechend Ihrer Lebensvorstellung sehr individuelle Wohnmöglichkeiten wie z.B. Wohnwagen, Hausboot, Zelt, Bauernhof. 3 Personen möchten perspektivisch auf der Straße leben.

Der Wunsch nach einer adäquaten Unterbringung ist bei allen verbunden mit dem Bedürfnis nach einem Rückzugsort, einer Privatsphäre sowie Schutz und Sicherheit.

Hinderungsgründe, die eigene Lebensvorstellung zu verwirklichen (Wer oder was hindert Sie daran, so zu leben?)

Ein größerer Anteil der Befragten ist bei dieser Frage sehr reflektiert und sieht die Hinderungsgründe für eine Veränderung der Lebenssituation in der eigenen Person. Hierbei werden psychische und physische Erkrankungen, bestehender Suchtmittelabusus, Überforderung, Angst vor Veränderung und fehlende Konfliktfähigkeit benannt.

Neben den persönlichen Hinderungsgründen werden auch der angespannte Wohnungsmarkt und die Schwierigkeit in der Unterbringung mit Tieren genannt.

Insbesondere bei den Menschen, die sehr individuelle Lebensvorstellungen haben, war der Anteil groß, der sich durch den Eingriff von Staat und Behörde an der Realisierung ihrer Vorstellungen daran gehindert fühlt.

Unterstützungsmöglichkeiten, die eigenen Lebensentwürfe zu realisieren (Wer oder was würde Ihnen helfen, so zu leben, wie Sie wollen?)

Bei dieser Frage verweisen die Befragten überwiegend auf die Hilfeangebote im Bereich der Wohnungslosenhilfe. Über die konkreten Angebote insgesamt sind die Befragten gut informiert.

Erfahrungen der Befragten mit dem Regelsystem und anderen Hilfen

Folgende Hilfeangebote werden durch die Befragten genutzt:

- Niederschwellige Anlaufstellen (Kontakt und Beratungsstellen, Gulliver)
- Mobiler medizinischer Dienst (MMD)
- Notschlafstellen
- Gewerbliche OBG-Unterkünfte (Einfachhotels)
- Winterhilfe
- Ambulante Hilfen
- Betreutes Wohnen (ambulant und stationär)
- ResoDienste
- Ehrenamtlich Helfende

In welchen Bereichen wünschen die Befragten Unterstützungen?

Die Befragten wünschen sich Unterstützung im Zusammenhang mit:

- Wohnungssuche
- Behördengängen
- Überwindung bestehender persönlicher Schwierigkeiten.

Im Bereich der Unterbringungsangebote insgesamt (ordnungsbehördlich und Unterbringung bei Trägern der Wohnungslosenhilfe) werden folgende Veränderungswünsche/Bedarfe benannt:

- ausreichende Hygiene
- mehr Einzelzimmer
- Einzelzimmer mit Unterbringung der Haustiere
- Unterbringung als Paar oder Familie
- Bessere Belegungssteuerung (keine gemeinsame Unterbringung mit Drogenabhängigen, psychisch Kranken, Alkoholerkranken)
- offene Besuchsregelung (Übernachtung von Freunden, Damenbesuch)
- Dauerzuweisung einer Unterbringung, auch bei kurzfristiger Abwesenheit
- Lockerung der Hausregeln

- 24 Stunden Schließfächer
- Schutz vor Gewalt und Diebstahl
- Abschaffung der Taschengeldregelung bei Unterbringung in einer stationären Einrichtung
- Kostenlose Nutzung öffentlicher Toiletten

Weitere Vorgehensweise:

Der durchgehend geäußerte Wunsch der Befragten, eigenständigen Wohnraum zu beziehen, stößt aufgrund der Wohnungsmarktlage in Köln an tatsächliche Grenzen. Die Verwaltung prüft deshalb gemeinsam mit den Trägern der Wohnungslosenhilfe, inwieweit die Zugangshürden ins Hilfesystem abgesenkt und damit verbunden die Akzeptanz der vorhandenen Angebote gestärkt werden kann. Infolgedessen wird sich die Stadtarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenspolitik in ihrer kommenden Sitzung am 28.10.2019 mit der Thematik beschäftigen.

Gez. Dr. Rau